

**DIE LINKE Fraktion** Zollernstraße 10 52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305  
FAX: 0241 5198 2398

An Herrn

Städteregionsrat Helmut Etschenberg

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de  
www.dielinke-staedteregionstag.de

Im Hause

Büro: Zimmer E 180

### **Anfrage ‚Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in NRW‘**

Aachen, den 27. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

die nordrhein-westfälische Landesregierung hat einen Gesetzesentwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz in NRW beschlossen. Dieser soll am 20. Juli in den Landtag eingebracht werden.

Auch wenn der Gesetzesentwurf nicht in allen Punkten den Vorstellungen der LINKEN entspricht, sehen wir darin einen sehr großen Fortschritt, nachdem die Vorgängerregierung ein solches Gesetz vor Jahren abgeschafft hatte.

Damit reiht sich Nordrhein-Westfalen in die Länder ein, die seit längerem eine Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorsehen. Der vorgesehene Mindestlohn ist sogar höher als in den anderen Ländern. Des weiteren werden ökologische und soziale Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe Berücksichtigung finden.

Anlässlich der bevorstehenden parlamentarischen Beratung und möglicher Konsequenzen auf kommunaler Ebene ergeben sich für die Fraktion DIE LINKE folgenden Fragen:

1. Wie bewertet die Städteregion den vorliegenden Entwurf der Landesregierung?
2. Inwieweit gälte das Gesetz auch für Unternehmen, an denen die Städteregion beteiligt ist?
3. Der vorgesehene Schwellenwert von 20.000€ ist so hoch angesetzt, dass für viele Aufträge das neue Gesetz nicht gelten wird. Wie viele Aufträge, die in 2010 bzw. in 2011 von der Städteregion respektive beteiligten Unternehmen, auf die das Tariftreue- und Vergabegesetz angewendet werden würde, vergeben wurden, lagen in ihrer Summe unter 20.000€? Wie hoch war der Anteil der Aufträge, die unter den Schwellenwert fallen, in Relation zu allen Aufträgen?
4. Wird sich die Städteregion im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für eine zentrale Servicestelle, die eine unnötige bürokratische Belastung der Kommunen verhindert, einsetzen? Bitte begründen.
5. Werden die Fraktionen über den weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens und die Auswirkungen des Gesetzes unterrichtet, z.B. im Bauausschuss. Bitte begründen.

Im Voraus bedanken wir uns für Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Siepmann

Kopie an:

- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- Grüne-Fraktion
- FDP-Fraktion
- UWG-Fraktion